Die heutige Ausgabe umfaßt 4 Seiten.

Einzelpreis 40 Pfennig.

F. J. M. Rehse ... München

Völkischer Beobachter

Erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag. — Bezugspreis: Vierteljährlich M. 10.—. Postscheckkonto München 11 346. — Geschäftsstelle: Thierschstraße 15. — Fernruf 20 647. Geschäftszeit 8—4 Uhr, Samstag 8—12 Uhr. — Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Grundzeile für Geschäftsanzeigen brutto M. 1.50 mit entsprechenden Nachlässen. Reklamezeile M. 5.—. Finanzanzeigen netto M. 1.50, Familienanzeigen M. 1.50, Kleine Anzeigen (Stellengesuche usw.) 90 Pf. — Schriftleitung: Schellingstraße 41/I. Fernruf 20 647. Drahtanschrift: Beobachter, München. Sprechstunde des Hauptschriftleiters 10—12 Uhr, der verantwortl. Schriftleitung 2—4 Uhr nachmittags.

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Ausgabe 35 | München, den 5. Mai 1921 | 35. Jahrgang

Der „milde Simons"

Palmesel — Jüdische Provokationen — Demokratische Hinterfotzigkeit

Der „milde Simons"

Das neue Angebot

Was das heißt, weiß jeder, der deutsche Angebote an die Gegner seit zwei Jahren zu studieren sich die Mühe nahm, augenblicklich.

Ein neuer Hieb und ein neuer Schlag für unser Volk. Und es sind wohl nicht die Dümmsten, in deren Gehirn sich immer mehr der Gedanke einfrißt, daß zwischen der deutschen Reichsregierung von heute und der Entente nichts weiter stattfindet, als ein abgekartetes Spiel.

Der Engländer M. Keynes versichert auf das bestimmteste, daß das deutsche Angebot von 100 Milliarden, das Erzberger in den Gegenvorschlägen zum Friedensvertrag der Entente überreichen ließ, weil unausführbar für immer, der reinste Blödsinn wäre.

Deutschlands jetziger Außenminister, unser unvergleichlicher Simons (im Volksmund „Simandl"), bietet erst 146 Milliarden und geht endlich jetzt auf 200 Milliarden hinauf, ungerechnet die 20 Milliarden, die bereits am 1. Mai fällig sind, d. h. mithin zusammen 220 Milliarden.

Die Franzosen haben in ihren Pariser Abkommen insgesamt 226 Milliarden gefordert.

Auf weitere Einzelheiten dieses Reichsnarrenentwurfes von einem Angebot braucht man nicht mehr eingehen.

Fünf Tage vor Beginn der Revolution schrieb die „Vossische Zeitung" und mit ihr die ganzen demokratischen und sozialistischen Sauwische, daß auf Grund des nun abzuschließenden Waffenstillstandes und der ihm zugrunde liegenden 14 Punkte, Deutschland höchstens 9 bis 11 Milliarden an Entschädigungen werde zahlen müssen.

Mit solcher Lumpenhaftigkeit hat man damals unser Volk in den verfluchten Wahnsinn der Selbstentmannung hineingelogen und -geschwindelt.

Aus den 11 Milliarden sind scheinbar 226 geworden, tatsächlich aber die ewige Sklaverei.

Fassen wir unsere heutige Lage kurz zusammen, so ergibt dies ein wunderschönes Bild, an dem die „Frankfurter Zeitung" mit Recht ihr Wohlgefallen haben mag.

Um der Welt den Frieden zu schenken, hat sich unser Volk wehrlos gemacht.

Um die allgemeine Weltabrüstung zu ermöglichen und nicht mehr weiter zu behindern, die Waffen teils zerstört, teils abgeliefert.

Um die Geheimdiplomatie zu beseitigen, eine Anzahl von Eseln zu Diplomaten gemacht.

Zum Beweis unwandelbarer Friedensliebe erdulden wir die infamsten Schmähungen unserer Ehre, den niederträchtigsten Raub deutschen Eigentums, die schamloseste Vergewaltigung unserer Volksgenossen.

Um die Ablegung und dauernde Beseitigung des militaristischen Geistes zu dokumentieren, winselt eine Regierung in der ganzen Welt herum, kriecht alle zwei Monate irgendeinem anderen Staatsoberhaupt irgendwo hinein, und verschachert und verhamstert Deutschland auf Generationen hinaus.

Jeder Angriff aber gegen diese Menschen, die allein schuldig an dieser Schmach sind, wird als Hochverrat gebrandmarkt.

Und der Mann, den der liebe Gott und die köstlich-westliche Demokratie unserem Volke zur Führung schenkte, heißt Simons und — redet.

Und wie er redet.

Er verteidigt sich.

Es wäre banal, dem derzeitigen Außenminister nachzuweisen, daß er ein wenig langatmig, ein wenig monoton, zumeist auch ohne Schwung gesprochen hätte. Das Feurige und Schwunghafte liegt in diesem Manne, der in erster Linie eine Gelehrtennatur und daneben ein Träumer und Sinnierer zu sein scheint, nicht und kein Mensch kann schließlich aus seiner Haut heraus. Und er glaubt an sich. Man braucht nur in dieses milde, himmelwärts gerichtete Auge zu sehen, um zu erkennen, das ist einer von den redlichen Schwärmern, die die Welt nach ihrem Bilde sich gestalten und die auch, wo sie irren und irren, an die Richtigkeit ihres Weges glauben. Manches mutet dennoch naiv genug an, so, wenn Dr. Simons berichtet, was seit dem Kriege bekannt sein müßte, daß die Schweiz ein guter Beobachtungsposten ist, und treuherzig hinzufügt, er hätte dort erst erfahren müssen, wie feindselig trotz dieser zwei Jahre sogenannten Friedens die Stimmung der Welt gegen uns sei.

So meint ein sogenanntes demokratisches Organ, die „Münchener Zeitung".

Also milde Augen hat er, und himmelwärts richtet er sie, und sinnieren tut er, und er schwärmt von Redlichkeit, und ist endlich sogar noch treuherzig. Pfui...

Und so was hat das deutsche Volk sich zu seinem Minister ausgesucht. Ein feiner Geschmack.

Und diese züchtige Diplomatenjungfrau redet dann von unerschütterlichem Glauben auf Recht und Gerechtigkeit und schwätzt noch von Ablehnung der alten Diplomatenschule, und dünkt sich, weiß Gott, noch gescheiter als ein Bismarck.

Ein sauberes Mannsbild. A. H.

Der 1. Mai und Wir

Während die internationalen Sozen und Spießer in Verbrüderung und faulem Pazifistenzauber machten, benützte unsere Partei den 1. Mai, um in den Gebieten, in denen das Deutschtum heute am meisten bedroht ist und die Segnungen der Weltverbrüderungen zu spüren hat, in Deutschböhmen, gewaltige Kundgebungen nicht gegen die Entrechtung einer Klasse, sondern einer ganzen Nation zu entfachen. Die gesamten rednerischen Kräfte wurden in das genannte gefährdete Gebiet konzentriert und 54 große Massenversammlungen in allen deutschen Bezirksstädten Deutschböhmens, Nordmährens und Schlesiens abgehalten, sowie große Festzüge und Volkskundgebungen in 112 deutschen Städten und Orten veranstaltet. Alle diese Kundgebungen standen einmütig unter der Losung: „Gegen die Sanktionen für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen"! An den Kundgebungen nahmen große Volksmassen teil. Bei allen Veranstaltungen wurde folgende Entschließung unter großem Jubel einstimmig angenommen:

„Trotz aller warnenden Stimmen trifft die tschechische Regierung über die gesetzgebenden Körperschaften hinweg alle Vorbereitungen, um an den sogenannten Strafsanktionen gegen Deutschland teilzunehmen. Die offizielle Außenpolitik dieses Staates scheut sich nicht, für französischen Haß und französischen Vernichtungswillen Gendarmendienste zu leisten, trotzdem mehr als die Hälfte der gesamten tschechoslowakischen Ein- und Ausfuhr von und nach Deutschland erfolgt und infolgedessen der wirtschaftliche Zusammenbruch des Deutschen Reiches, unmittelbar eine Wirtschaftskatastrophe der Tschechoslowakei zur Folge haben muß.

Wie immer die derzeit unter Vermittlung Amerikas stattfindenden Verhandlungen ausfallen mögen, so protestieren wir Deutschen in der Tschechoslowakei aus nationalen und wirtschaftlichen Gründen, gegen die verblendete Haßpolitik, welche von den Machthabern dieses Staates im Auftrage Frankreichs gegen Deutschland betrieben wird. Wir protestieren und geloben feierlich, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Sanktionen aufzutreten, weil wir dieselben als Auswuchs des die ganze Kulturwelt verderblichen französischen Chauvinismus erkennen. Diese Sanktionen bedeuten:

1. Die Versklavung des deutschen Volkes, sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Beziehung;

2. Die Vernichtung der deutschen Arbeitskraft und als deren Folge Arbeitslosigkeit, Elend und Massentod;

3. Die Zersetzung und den Ruin der mit Deutschland in gemeinsamen wirtschaftlichen Beziehungen stehenden Staaten Mitteleuropas.

Die militärischen und wirtschaftlichen Drosselungen, wie sie durch die „Sanktionen" geplant sind, sind nicht nur, wie der französische Ministerpräsident Briand sagte, die würgende Faust am Kragen des Weltgewissens, nach dessen Gebot das Nebeneinanderleben der Völker geregelt werden muß, wenn nicht eine neue ungeheure Welle des Unglücks und des Elends über die gemarterte Menschheit hereinbrechen soll. Deshalb ist heute die Losung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei:

Nieder mit den Sanktionen!"

Alles der Tschechei zu Ehren

Der Rastelbinder Lob und Ehr zu mehren...

H.E. In einem Münchner Fahrkartenbureau verlangte kürzlich ein Reisender eine Karte nach Karlsbald und erhielt zu seinem Erstaunen eine solche nach — Karlovy Vary ausgestellt. Auf seine Beschwerde zeigte ihm der Beamte eine strenge Instruktion der bayerischen Staatsbahnen, wonach an Orte in der Tschechei Fahrkarten nur in tschechischer Sprache ausgefertigt werden dürfen. Auch ein größeres Lexikon, wo alle deutschen Ortsnamen der Tschechei in tschechischer Sprache aufgeführt waren, zeigte der Beamte.

Ganz abgesehen davon, daß kein Staat der Welt uns Deutschen gegenüber solche Konzessionen macht, erlauben wir uns vorerst die Anfrage an eine verehrliche Zweigstelle des deutschen Reichsverkehrsministeriums zu richten, ob

1. man an dieser höchsten Stelle weiß, daß es in der Tschechei ein geschlossenes deutsches Sprachgebiet gibt.

2. ob man weiß, daß derartige Dinge auf unsere für ihr Deutschtum den Entscheidungskampf ausfechtenden Volksgenossen geradezu entmutigend wirken müssen,

3. ob dasselbe Verfahren für Fahrkarten ins besetzte Gebiet in französischer, nach Oberschlesien in polnischer und nach Berlin in hebräischer Sprache angewendet werden wird.

U. A. w. g.

Unser Recht auf das Drauland

Von Professor Dr. Hans Pirchegger.

Wenn wir Steirer nicht seit dem Zusammenbruch Österreichs immer und immer wieder unser Recht auf das steirische Drauland betont hätten, so müßten wir uns jetzt von den slowenischen Zeitungen auf unser Anrecht aufmerksam machen lassen. Wir verlangen das Gebiet bis zum Weitensteiner und Wondbitzer Zug, bis zum Wotsch und Donati, 1. aus geographischen Gründen: denn es ist eine Fortsetzung des Grazer Beckens und seiner Randgebirge, 2. aus geschichtlichen Gründen: das Land wurde nach 955 von den Deutschen den Magyaren entrissen, es gehörte seit 1147 zur Steiermark, Deutsche brachten die Kultur, darunter das Christentum, ins Land und schützten sie vor dem Osten, 3. aus völkischen Gründen. Die Deutschen waren die Bürger im Unterland — Marburg z. B. ist eine rein deutsche Gründung — deutsch waren die Stadtrechte, deutsch der Charakter der Städte und Märkte. Wohl waren hier auch Slowenen angesiedelt, (Dienstboten, Gehilfen usw.) aber sie gingen gesetzmäßig im Deutschtum auf, ohne jeden Druck. Die Deutschen kamen auch als Bauern ins Drauland, wurden aber zu Tausenden slawisiert; Dorf-, Hof- und Familiennamen sprechen für ihr Volkstum, 4. aus wirtschaftlichen Gründen: die landwirtschaftlichen Überschüsse des Draulandes (Wein, Kartoffeln, Fleisch u. a.) gingen seit jeher in die Mittelsteiermark, die dafür ihre Industrieerzeugnisse abgab, 5. nach dem Selbstbestimmungsrecht: wir verlangen für Deutsche und Slowenen das Recht, sich für die staatliche Zugehörigkeit frei zu entscheiden. Diese Begründung legten wir der Pariser Friedenskonferenz vor. Sie machte, wie slowenische Zeitschriften heute zugeben, selbst auf unsere Feinde Eindruck, die doch alles Deutsche mit tödlichem Hasse verfolgten. Dem slowenischen Vertreter gelang es daher leicht, die zarte Regung des Gewissens zu beschwichtigen: Er behauptete einfach, 70 v. H. der Städter seien slowenischen Blutes und nur durch den Druck der Regierung zu Deutschen geworden; höre dieser Druck auf, so würden sie sich ganz natürlich ihrer ursprünglichen slowenischen Nationalität zuwenden; auch ließen sich die Städte nicht von ihrer Umgebung trennen. Also auch die Gegner gestehen zu, daß die Städte des Unterlandes deutsch sind und auch wieder eine deutsche Verwaltung bekommen, wenn sie nicht aufs ärgste bedrängt werden. Sie gestehen zu, daß Macht, nicht Recht in Paris über das Drauland entschieden habe. Daß der erste Teil des Satzes unrichtig ist, bewiesen am 27. Januar 1919 mehrere Blutopfer in Marburg, die slowenische Namen trugen; dagegen unterschreiben wir den zweiten Teil. Auch die französischen Gelehrten waren dieser Ansicht; nur meinten sie, die Umgebung richte sich nach der Stadt. Deshalb nun die verzweifelten Anstrengungen der Slowenen, die deutschen Städter und Märktler ganz zu entrechten und niederzudrücken, um sie zu Slowenen zu machen! Heute scheint es gelungen zu sein, denn die letzte Volkszählung zeigt einen geradezu erschreckenden Rückgang des Deutschtums im Unterland. Aber auch das ist den slowenischen Führern nicht recht, denn sie besorgen, die meisten Deutschen seien nur deshalb umgefallen, um das Wahlrecht zu erhalten, dessen sie sonst beraubt sind. „Slovenski narod" fürchtet, daß auf diese Weise die Verwaltung mancher Stadt in die Hand der Deutschen kommen wird und fordert Gegenmaßregeln. Die deutsch geschriebene, aber von den Slowenen gekaufte „Marburger Zeitung" fand bereits heraus, daß sich Untersteirer und Mittelsteirer wirtschaftlich ergänzen, und die „Straza" bekannte im Januar dieses Jahres offen: „Wenn wir uns nicht sofort in Marburg festgesetzt, sondern auf die Pariser Friedenskonferenz gewartet hätten, so wäre die Draulinie für uns verloren gegangen; da wir Marburg hatten, mußte die Friedenskonferenz mit dieser Tatsache rechnen."

Aus der Zeit

Der Minderheitsschutz für die Deutschen in Slovenien

Ende Dezember 1919 soll zwischen Jugoslawien und den Großmächten der Sondervertrag über den Schutz der Minderheiten im Sinne des Artikels 51 des Friedensvertrages geschlossen worden sein. Tatsächlich aber sind heute noch die Deutschen auch in den nach Entwicklung und Wesen ausgesprochen deutschen Städten Sloweniens nicht nur aller politischen Rechte, sondern auch aller zum Schutze ihrer kulturellen Entwicklung dienenden Einrichtungen beraubt. Im steirischen Unterlande gibt es außer einigen Parallelklassen keine einzige deutsche Schule, alle Volksschulen, vier Gymnasien und ein Realgymnasium wurden behördlich gesperrt; die meisten deutschen Vereine wurden aufgelöst, das gesellige Leben der Deutschen durch Verbot ihrer Veranstaltungen unterbunden. Bei der Volkszählung suchte man durch großzügige Unterschlagung und Verschleierung der Bekenntnisse den Großteil der deutschen Bevölkerung einfach wegzuleugnen und damit zu beweisen, daß der vorhandene Rest keinen Anspruch auf den gesetzlichen Minderheitsschutz habe. In den alten deutschen Städten Marburg, Pettau, Cilli usw. sind sämtliche deutschen Firmenschilder gewaltsam entfernt und durch slowenische ersetzt worden, um (ähnlich wie in Kärnten vor der Volksabstimmung) äußerlich das Bild slawischen Gemeindewesens zu erzielen. Trotzdem müssen slowenische Blätter zugeben, daß man in den Straßen dieser Städte fast nur deutsch sprechen höre.

Slovenische Entdeutschungsmittel

Die slowenischen Behörden verlangen von jenen Deutschen, die slawisch klingende Namen haben, diese aber deutsch schreiben (z. B. mit tsch statt mit c) den Nachweis, daß diese Schreibung schon von den früheren Generationen angewandt worden sei. Wer diesen Nachweis nicht erbringen kann, wird bestraft.

Palmesel.

Es lebe die Internationale!

Also wäre es nun glücklich überstanden. Die Genossen sind gekommen und haben Hoch und Nieder geschrieen wie immer, die internationale Solidarität der Proletarier wurde begrüßt, der internationale Kapitalismus verdammt, der Militarismus vernichtet, der Pazifismus verhimmelt, der Kommunismus auf dem Marsche gesehen, der Bolschewismus beliebäugelt und im Internationalismus im allgemeinen die Rettung des Menschengeschlechtes überhaupt festgestellt.

Hurra! (Selbstverständlich nicht im nationalistischen, sondern internationalistischen Sinne.)

Der 1. Mai hat seine Bedeutung für das Proletariat auch dieses Mal beibehalten. Die Moses und Aron, die Finkelstein, Silberberg und Katzengold, die Isakstern, Levis und Jakobsohn haben wieder „geredt“ und die Michel, Jackel, Hiasel, kurz alle Hansel im allgemeinen haben wieder zugehört. Beide Teile sind wieder zufrieden. Die einen „weils was ghört habn“ und die anderen „weil mer sä eppes wieder gehört hat“.

Das „revolutionäre Proletariat“ Münchens hat also seine Pflichten getan. Nach Beendigung zogen die Heerscharen allerdings der Zahl nach ziemlich bescheiden in die Stadt herein und lösten sich auf. Die einen zum Dünnbier ins H.-B., das waren die „dö wo zug'hört hab'n“, die anderen ins „Excelsior“, und das waren die „die eppes haben geredet“.

Und da sage noch ein Mensch, daß es keine Palmesel mehr gibt.

A. H.

Demokratische Hinterfotzigkeit

„Linker, rechter, Spitzbub schlechter!“

— H. E. — Wir haben ja von jeher die Demokraten für die traurigsten Gesellen gehalten, die zur Zeit in Deutschland herumlaufen. Schon deshalb, weil uns eine Geldsackpartei im allgemeinen, eine ausgesprochene Börsenjudenschutztruppe im besonderen, geradezu anekelt.

Wer aber die demokratische Politik verfolgte in den letzten zwei Jahren, der kam wahrlich vom Kübel nicht mehr weg. Weg mit dem Kaiser, her mit der Monarchie; runter mit schwarzweißrot, hinauf mit schwarzweißrot; links g'schiagelt, rechts g'schiagelt, wasch' mir den Pelz und mach' mich nicht naß. Alles zusammen hießen sie „aufrechte Haltung“. Pfui Teifi!

Trotz der im Interesse gewisser Kreise liegenden, heute staatlich geschützten und geförderten Verdummung des Volkes, erinnern wir uns auch des unheilvollen Tages der Abstimmung in der Weimarer Quasselbude über die Annahme des Versailler Schandsetzens. Die eine Hälfte der Demokratischen Partei stimmte damals dafür, die andere dagegen. Natürlich! Geht die Geschichte gut hinaus, dann heißt's: „Wir Demokraten haben damals dafür gestimmt; geht's aber schlecht, na, dann erklärt man dem Volke: „Wir Demokraten, wir haben das schon von Anfang an gewußt; wir haben den schrecklichen Vertrag aber auch abgelehnt.“

War das damals ein Beispiel der demokratischen Schaukelpolitik, so gab die Münchner Organisation der D.D.P. am vergangenen Freitag ein Beispiel demokratischer Hinterfotzigkeit. Hinterfotzigkeit, sag' ich!

Prof. Rohrbach sprach über die „Schuldfrage Deutschlands am Weltkrieg“. Von allen Völkern, die am Krieg beteiligt waren, sprach er, nur von den Juden nicht. Überall suchte er die Schuld, nur nicht bei der Börse. Entweder ist der Herr wirklich so naiv, oder er tat nur so.

Jedenfalls aber meldeten sich zwei unserer Parteigenossen zum Wort, um zu verhindern, daß das Ausland den Eindruck gewinnt, als seien wir wirklich so große Rindviecher und erkennen noch immer nicht, wo in Wirklichkeit der Feind steht. Die Wortmeldungen wurden denn auch von dem die Versammlung leitenden Parlamentarier angenommen, die Aussprache aber dann von demselben Parlamentarier verhindert.

Wahrscheinlich, damit der Schwindel mit einer sogenannten Entschließung besser glückte, die man zum Schluß der äußerst langweilenden Versammlung vorlegte, und worin sich die Deutsch-Demokratische Partei als die erste Partei bezeichnete, die der Lüge von der Schuld Deutschlands kräftig entgegentrete. Kräftig, du heiliger Himmel! Demokraten und kräftig!

Die großen, von 5—6000 Personen besuchten, ungeheuer wirkungsvollen Kundgebungen der National-sozialistischen Arbeiterpartei haben die aufrechten Demokraten, die ja allerdings, wenn sie nicht im Bett oder Parlament sind, sich meistens in der Börse oder Synagoge aufhalten, wohl übersehen oder schon vergessen.

Jedenfalls verbitten wir es uns, daß sich eine Partei der Quitten, Schiffer und Gothein als bahnbrechend in der Klärung der Schuldfrage bezeichnet.

Vielleicht halten die Herren Demokraten recht bald eine öffentliche Versammlung ab?

Vom englischen Lande.

Wie's überall gemacht wird

1819 begannen die Rothschilds in England Hirsche zu hetzen. Das war damals vornehm: auch die Fürsten des Landes hetzten Hirsche, so glaubten die Fürsten der Finanz, es ihnen gleich tun zu müssen, ob schon sie gerade erst nach England gekommen waren. Dem Squire (Gutsbesitzer) und Yoeman (Erbbauer) war dieser Sport zu kostbar, sie hetzten den Fuchs. In jeder Grafschaft gab es eine Fuchsmeute, deren Unterhalt einem wohlhabenden altangesehenen Herrn anvertraut und durch freiwillige Beiträge der mitreitenden Jäger bezahlt wurde. In der Grafschaft Bucks hatten die Herzöge von Grafton das Erbrecht, die Fuchsmeute zu halten; sie überließen es der altangesehenen und altangesessenen Gutsbesitzersfamilie der Selby-Lowndes, zweimal wöchentlich mit der Meute in ihrer Grafschaft Buckinghamshire zu hetzen. Mit der Zeit wurde die Fuchshetze immer beliebter, es war nicht mehr fein, den Hirsch zu hetzen. Daher suchten die Rotschilds, auch in den Besitz und das Recht auf eine Fuchsmeute zu kommen.

Echt jüdisch verklagte Herr Leo Rothschild alsbald eine völlig unschuldige Dame wegen Beleidigung, sie habe das Gerücht verbreitet, seine Familie hätte des Landes zur Fuchshetze begehrt. Die Dame hatte nie daran gedacht, so was zu sagen, das Gerücht wurde erst ruchbar durch die Beleidigungsklage. Zweifellos war aber das Land zur Fuchsjagd der Zweck, und der in Palästina gefallene Rothschild war bereits als der Führer der Meute erwählt. Auch hatten sie reichen Geldbeitrag zum Unterhalt der Meute fest versprochen. Die Selby-Lowndes, einst wohlhabende Landwirte, hatten während des ganzen 18. und 19. Jahrhunderts mit ihrer Meute gehetzt, sie besaßen eine der reinsten Meuten und lebten für nichts anderes als sie.

Kurz vor dem Kriege hatte dann das von Rothschild abhängige Londoner Profitariat sich in Bucks festgesetzt, an ihrer Spitze Sir Herbert Leon (Jude, Aufsichtsrat der Anglo-American-Telegraph-Co. 1¾ Milliarden Mark Kapital), Lord Dalmeny (der zukünftige Earl of Roseberry, Sohn einer Rothschild), ein Kapitän Levi usw. usw. — Dann kam der Krieg. Selby-Lowndes wurde als Reserveoffizier sofort mobil gemacht, und das Feld war frei für die Judenhetze, die den englisch-germanischen Fuchs Lowndes zu Tode hetzen wollte. Zunächst bezahlten die Rothschilds einige ausstehende Forderungen der Meute, dann wurde sie „ausgeliehen“, Beiträge zu ihrem Unterhalt gingen nicht mehr ein. Nach dem Waffenstillstand war Selby-Lowndes infolge des Krieges wirtschaftlich stark mitgenommen (keine Pachten waren eingekommen) und Rothschilds kauften anderswo eine Meute, die auch aus gleichen Gründen aufgelöst werden mußte. Diese Seeräubermeute verwies darauf den Inhaber der rechtmäßigen Meute von der Jagd weg, worauf Selby-Lowndes notgedrungen einen großen Teil seiner Ländereien verkaufte, um seine Schulden decken zu können. Käufer waren . . . Rothschilds. — Die Seeräubermeute hetzte weiter, auch auf Selbyschem Besitz, als ob sie alleine Herren wären. Es kam zu richtigen Schimpfereien, der Jude Lord Gameny nannte den Förster von Lowndes einen verdammten Schafskopf, worauf der Förster den edlen Lord ein dummes Waschloch (ohne das W) nannte.

Kurz und gut, den ganzen letzten Sommer über fimmerte diese Judengeschichte, die „Times“ und andere „grauße“ Blätter brachten Leitartikel darüber. Versammlungen über Versammlungen behandelten das Theater; die Juden karrten dazu ihr Stimmvieh sogar aus andern Grafschaften her! Da wurden die Bauern und Landwirte aber mobil. Ihrer etwa 200 verwehrten der Seeräubermeute die Jagd, bis Selby-Lowndes wieder in seine Rechte eingesetzt sei. So dürfen die von Rothschilds jetzt zweimal wöchentlich mit ihrer eigenen Meute hetzen, aber nur auf eigenem Land, da ihnen alles andere, und zwar das Beste verschlossen ist.

Die Tatsache, daß diese reichen Juden, Rothschilds an der Spitze, zur Erreichung ihrer Zwecke vor nichts haltmachen, daß sie eine der angesehendsten, früher wohlhabenden Landfamilien — die Selby-Lowndes — ruiniert haben und gesellschaftlich auch unmöglich machen wollten, hat weitesten Kreisen der englischen Landbevölkerung die Augen geöffnet. Diese Tatsache wird als eines der unwürdigsten Kapitel neuzeitlichen gesellschaftlichen Lebens in England bezeichnet. Hunderte von Jahren von Bodenständigkeit zählen nichts. Und all das ist geschehen unter dem hohen Patronate der M. F. H. (Vereinigung der Fuchsmeute-Meister), die angeblich nur dazu da ist, den national englischen Sport des Fuchshetzens zu pflegen, die aber jetzt auch schon vollendete Nichtjudenhetze betreibt, dank Alljudaan und seinem Fürsten Rothschild.

Die „grandioseste Leistung“

Was ist die grandioseste Leistung in der bisherigen Geschichte unseres Volkes?

Eine schwere Frage. Schwer zu beantworten, nicht weil eine solche Leistung nicht vorhanden wäre, sondern weil die übergroße Zahl gewaltigster Begebenheiten unserer Geschichte, unerhörter Taten unseres Volkes, es schwer werden läßt, die größte zu bestimmen.

Man denkt an deutsche Kaiser, deren Faust einst über einen ganzen Erdteil herrschte, man denkt an die glänzende Kolonisation der Ostmarken, denkt an deutsche Städteherrlichkeit, an gewaltige Erfinder, man sieht in einem dreißigjährigen Krieg dieses Deutschland zugrunde gehen, und aus seinen Trümmern als neues Volk wieder aufsteigen und glaubt endlich vielleicht die größte Tat gefunden zu haben in dem Wirken eines lichten Genius, den man einst Friedrich den Großen nannte, den wir aber heute lieber den „Einzigen“ nennen sollten. Und doch, fast größer wieder scheint uns als Tat jener Sturm zu sein, der unser Volk nach Jena und Auerstädt aufrüttelte und endlich zum gewaltigsten Freiheitskampfe aller Zeiten führte. Und wieder fühlen wir bei alldem, es ist noch nicht die größte Tat, denn schon ist das Knäblein geboren, das einst zum Verkörperer germanischen Wesens ausersehen war, Otto v. Bismarck. Eine gewaltige Leistung unseres Volkes setzt nun ein. Nach seinem Befreiungskriege folgt der Einigungskampf. In ergriffener Ehrfurcht bewundern wir unser Volk, von Königgrätz bis Sedan und Paris. Eine ungeheure Tat, die größte? Nein, noch immer nicht. Dem Einigungskampf folgt noch nicht 50 Jahre später nach unerhörtem Aufstieg, das Ringen zur Verteidigung Deutschlands gegen eine ganze Welt. 26 Staaten gegen ein Volk. Soll das nicht die unsterblichste Leistung sein, so lange diese Erde steht und Menschen auf ihr leben und deren Geschichte geschrieben wird?

Muß es uns nicht mit heiligem Schauer überrieseln, wenn wir unserem Volke in jenen 4½ Jahren folgen, in denen es einer ganzen Erde die Stirne bot, sich für ewig den Ruhm der Unsterblichkeit sichernd. Soll also nicht das die größte Tat sein?

Nein, — krächzt von irgendher eine Stimme.

Wie, das alles nicht, was nun sonst?

„Die Zerstörung und die Ablieferung unserer Waffen an die Entente ist die grandioseste Leistung der deutschen Nation.“

Und der also sprach, war kein englischer Satiriker, kein französischer Humorist und keine deutsche Kanaille, nein, Gott bewahre — es war der deutsche Reichsaußenminister Simons.

Herr Nachbar — einen Strick! A. H.

Zum Zinsproblem

Die Redestreitabende, die der Kampfbund zur Brechung der Zinsknechtschaft in München in letzter Zeit veranstaltete, hat die Feinde des Leihzinses nun doch endlich aufgestöbert und in Harnisch gebracht. Totschweigen geht nicht länger. Der Bayerische Industriellenverband e. V. in München versendet jetzt an seine Mitglieder ein Schriftchen „Zur Frage des Zinsproblems“, München 1921, in welchem zwei Abhandlungen von Dr. Otto Heyn, dem verstorbenen Syndikus der Nürnberger Handelskammer veröffentlicht sind. Der Bayer. Industriellenverband sagt im Vorwort: „Herr Gottfried Feder, Diplomingenieur in München, bekämpft seit längerer Zeit die Berechtigung des Leihzinses, da er von dessen Abschaffung die Heilung erheblicher wirtschaftlicher Schäden erwartet. Nach der Überzeugung, man darf wohl sagen, aller sachkundigen Kreise handelt es sich hier um eine wirtschaftliche Irrlehre schwerster Art.“

Es ist nicht weiter verwunderlich und braucht nicht besonders betont zu werden, daß der Bayerische Industriellenverband und der Syndikus einer Handelskammer der Beseitigung des Leihzinses schroff ablehnend gegenüberstehen. Wir sind gewohnt, daß unsere wirtschaftlichen Vertretungen von wirklichen Reformen nichts wissen wollen.

Die von Heyn in dem erwähnten Schriftchen angeführten Gegengründe zeigen geringes Nachdenken und keinerlei Eingehen auf die doch nicht wegzuleugnenden Nachteile des Leihzinswesens. Stark betont werden die Einwände, daß bei Abschaffung des Leihzinses in Deutschland

1. die Rückzahlung der riesigen Darlehenssummen nicht möglich sei,
2. daß der Staat und die Gemeinden für Anleihen keine Gelder mehr erhielten,
3. daß das Ausland kein Kapital mehr bei uns anlegen würde, und
4. daß das bestehende Defizit von 50 Milliarden Mark jährlich nicht beseitigt würde.

Diese Einwände sind berechtigt, wenn außer der Abschaffung des Zinses alles beim alten bleibt, d. h. wenn also die Reichsbank nach wie vor eine Privatbank mit dem Notenprivileg bleibt, wenn die jetzige Rechtsordnung bestehen bleibt und wenn die jetzigen Regierungen oder, was dasselbe ist, Parteien weiterwirtschaften dürfen.

Der wichtigste und schwerstwiegende Einwand der Heynschen Schrift ist jedoch der Vorwurf des Rechtsbruchs bei Abschaffung des Zinses. Heyn schreibt:

„Die bestehenden Zinslasten können nicht wegfallen, ohne daß entweder die Verträge gebrochen werden, in denen den Geldgebern Zinsen versprochen sind, oder daß eine Rückzahlung des Kapitals nach vorausgegangener Kündigung stattfindet. Beides nicht möglich. Ersteres nicht, weil wir in einem Rechtsstaate leben, in dem Verträge geachtet und diejenigen, die Verpflichtungen übernommen haben, zwangsweise zur Erfüllung dieser Verpflichtungen angehalten werden. Die Versagung des versprochenen Zinses würde ein Aufgeben dieses Grundsatzes bedeuten, und damit stürzt die Basis zusammen, auf der unser Wirtschaftsleben aufgebaut ist.“

Dieser Einwand allein soll uns hier beschäftigen; die Widerlegung der übrigen Einwände der Heynschen Schrift überlassen wir Herrn Gottfried Feder. Der Vorwurf des Rechtsbruchs ist der einzige Einwand, der an die Wurzel des Zinsproblems rührt, das ist die bestehende Rechtsordnung.

Die Nationalsozialisten sind von Anfang an für die „Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes“ eingetreten und haben diese Forderung auch in ihr Programm von 1919 aufgenommen. Punkt 11 desselben lautet: „Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens, Brechung der Zinsknechtschaft.“

Die Beseitigung des Leihzinses ist also mit dem arbeits- und mühelosen Einkommen in Verbindung gebracht, nicht für sich allein gefordert. Damit soll gesagt werden: es ist ein Unrecht, daß zahlreiche Leute arbeits- und mühelos einzig und allein oder größtenteils vom Zins leben können. Die Beseitigung des Leihzinses wird also als ein Mittel angesehen, um dem Schmarotzertum an den Leib zu rücken. Es ist nie übersehen worden, daß damit in erster Linie die großen Zinsgewinner, die Banken und großen Rentner getroffen werden sollen, deren ausschließliches und reichliches Einkommen der Zins ist. Das Hauptgewicht ist auf die Beseitigung des arbeitslosen Einkommens gelegt. Wir sehen klar, daß Zins und Zins zweierlei sein kann, daß es Zins gibt, der nichts als Wucher ist, daß es aber auch berechtigten Zins gibt, der nach dem Vorgang von Guido Röder[1] besser mit Wagnisentgelt bezeichnet wird.

„Eintausend Mark zahlt die Reichsbankhauptkasse in Berlin ohne Legitimationsprüfung dem Einlieferer dieser Banknote“, so steht noch geschrieben auf den alten Tausendmarkscheinen. Mit den Mark sind aber Goldmark gemeint. Schmählicher Wortbruch der Reichsregierung und Reichsbank, durch den das ganze Volk grausam um Hab und Gut betrogen wurde, durch den alle Werte ins Wanken gerieten und unser ganzes Geldelend verschuldet wurde! Wir wollen die Grundlagen unseres Wirtschaftslebens, Treu und Glauben, nicht erschüttern, wir wollen nicht Unrecht tun, sondern wir wollen beim Rechte bleiben.

Die Zinsfrage in der Art wie Gottfried Feder sie aufgenommen hat, ist falsch gestellt. Die Beseitigung der Staatsanleihen, aus denen doch der wichtigste Teil des Leihzinses fließt, ist eine Frage der Aufhebung des Notenprivilegs der Reichsbank. Hat die Reichsbank aufgehört, eine Privatbank zu sein, ist sie in den Alleinbesitz des Staates übergegangen, so braucht der Staat um keine Anleihen bei seinen Bürgern mehr zu betteln, bzw. die Gnade der großmächtigen Bankherren anzurufen. Es geht also nicht um die Beseitigung des Zinses, dieser ist nur eine Folgeerscheinung, es geht um die Verstaatlichung der Notenbanken. Gottfried Feder bekämpft ein Symptom, statt die Ursache des Übels zu beseitigen. Der Staatsanleihezins ist eine Folgeerscheinung der Abhängigkeit des Staates von den Großbanken. Machen wir den Staat unabhängig von der Reichsbank und von den großen Banken, stellen wir ihn auf eigene Füße, so brauchen wir vom Zins nicht mehr viel zu reden, weil keine Staatspapiere mehr nötig sind. Die verstaatlichte Reichsbank kann sich das Geld, das sie braucht, selber machen, sie hat es nicht mehr nötig, Schatzwechsel dafür zu diskontieren. Heute muß der arbeitende Teil des deutschen Volkes schaffen und Steuern zahlen für den Zins, den das Reich an die sogenannte Reichsbank für jede Banknote bezahlen muß.

Also die Rechtsgrundlage muß geschaffen werden, die es der Reichsregierung ermöglicht,

[1] Guido Röder, Wider den Wucher. Widar-Verlag, Berlin W, Charlottenstraße 68.

Es ist kein Zweifel, und Heyn hat vollständig recht, wenn er auf den Vertrags- und Rechtsbruch hinweist, den die einseitige Aufhebung der Zinsverträge vorstellt. Ohne Änderung der Rechtsgrundlage kann ein Zinsvertrag nicht aufgehoben werden.

Wir wollen nicht dem üblen Beispiel folgen, das die Reichsregierung damit gab, daß sie das Versprechen, jede Reichsbanknote in Gold einzuwechseln, nicht aufrecht erhielt

selbst Banknoten herzustellen. Merkwürdigerweise macht die Bayerische Staatsbank, die eine eigene Münze in München besitzt, von ihrem Recht der Banknoten- und Geldherstellung keinen Gebrauch, begibt sich in freiwillige Abhängigkeit von der total verjudeten Reichsbank.

Zur Deckung der gedruckten Geldscheine diente bis zum Zusammenbruch unseres Geldwesens das Gold, das teils im Umlauf, teils im Keller der Reichsbank lag. Heute haben wir kein Gold mehr im Verkehr, es ist verschwunden, und was noch in der Reichsbank liegt, gehört den Feinden. Es ist gut so. Warum Gold von den Engländern kaufen? Wir brauchen das Gold nicht, wir haben eine Währungsgrundlage, eine Sicherheit, die besser ist als Gold und die wir selbst besitzen: das ist unser deutscher Grund und Boden.

Hierfür ist wiederum die neue Rechtsgrundlage zu schaffen, nämlich ein gutes, deutsches Bodenrecht, wie es der Begründer des Bundes für deutsches Recht, Arnold Wagemann in Bochum, Martastraße 5, schon 1912 dargelegt hat.[3] Das von den Nationalsozialisten kraftvoll bekämpfte arbeits- und mühelose Einkommen ist zu einem großen Teil ermöglicht durch unser falsches Bodenrecht, das die Spekulation mit Grund und Boden erlaubt. Damaschke begeht den gleichen Irrtum wie Gottfried Feder: Er bekämpft mit Eifer aber erfolglos das Symptom, die Folgeerscheinung, ohne die Ursache zu beseitigen. Sie sind gleich den Ärzten, die das Fieber feststellen, Aspirin und Chinin dagegen verschreiben und die Heilung der eigentlichen Krankheit, die sie nicht kennen und nicht suchen, Gott überlassen.

[3] Arnold Wagemann, Bodenrecht. Fischer, Jena, 1912.

Unterm Scheinwerfer

O jerum oder der Kater, der kommt hinten nach

HE. Der Deutschland von den Engländern gestohlene Riesendampfer „Imperator" erlitt bei der ersten Überfahrt nach Amerika mit englischer Besatzung wegen unsachgemäßer Bedienung und der Unfähigkeit des Kapitäns schwere Havarien. („Münchn. Ztg.", 2. Mai 1921.)

Die „Beherrscher der Meere" werden sich über diese Blamage nicht wenig geärgert haben. Da aber jede Verärgerung irgendeines Gentlemen oder Negerfranzosen heute der Grund zur Verhängung neuer Sanktionen ist, kann man sich auf das Schlimmste gefaßt machen.

Ja, das „Siegen" (lies Rauben) ist nicht so leicht. Wenn berichtet wird, daß „Öl aus den Wasserleitungen kam, weil die Rohre falsch verschraubt waren", so raten wir den Briten, bald nachzusehen, ob nicht sonst auch noch verschiedenes falsch verschraubt ist, z. B. in den Gehirnen ihrer Staatsmänner, damit sie sich nicht eines Tages wie der „Imperator" „um sich selbst drehen", aus Verwunderung über die Früchte ihres „Sieges".

Die Zuchtrute her!

Über die Verhetzung einer deutschen Frau, der Kaiserin Augusta Viktoria, berichtet die „Rote Fahne", Berlin (Schriftleiter Thalheimer) unter der Überschrift: Massenmeeting des monarchistischen Pöbels in Potsdam:

„Gegen halb zehn Uhr begann der Trauerzug — und das große Flennen. Für einige Augenblicke markierte man Leidtragende. Durch den Sanssoucipark, in dem sämtliche reaktionäre Vereine, von den Heimarbeiterinnen angefangen bis zu den maskierten deutschnationalen Hochschülern, Spalier bildeten, bewegte sich der Zug zum Mausoleum. Sämtliche Bundesfürsten und die Hohenzollernprinzen waren dabei, über 7000 Offiziere der alten und neuen Armee, mehr oder weniger wohl Verbrecher am oder im Weltkrieg, an ihrer Spitze der Kappist Ludendorff, der Hindenburg, Mackensen und andere Kriegsverbrecher. Die Entente hätte hier einen fetten Fang machen können. In Potsdam, in der deutschen Republik, gab sich das Gesindel ein Stelldichein, unter der Obhut der republikanischen Regierung."

Wenn aber die „süße" Rosa oder eine hysterisch-kommunistische Judenmatz der Teufel holt und sich dann ein Gesindel zeigt, an dem nicht die Entente, sondern die Polizei einen fetten Fang machen würde, — das Wonnebrunzeln der „Roten Fahne" möchten wir sehen.

Shylock besteht auf seinem Schein

Hsj. In der Türkenstraße 71 wohnt ein Ehepaar in einer Wohnung, bestehend aus einem Zimmer und Küche. Die Frau befindet sich im Zustande der Schwangerschaft und ist leidend infolge der ewigen Aufregung, die ihr die Schikanen des Wohnungsamtes antun. Das Ehepaar soll nämlich unter Androhung, daß die Frau mit Sanitätsauto auf Rechnung des Mannes fortgeschafft wird, innerhalb 3 Tagen ausziehen. Wohin, das ist dem Wohnungsamt gleichgültig. Der Mann rennt von Pontius zu Pilatus, um zu erwirken, daß der Beschluß des Wohnungsamtes rückgängig gemacht werde. Alles umsonst. Es ist dem Wohnungsamtsschimmel unendlich gleichgültig, ob die Frau infolge des unglaublichen Vorgehens noch kränker wird, ob die Folge eine unglückselige Frühgeburt ist, das Leben der Mutter gefährdend, das ist alles gleichgültig. Die Leute mögen verzweifeln, auch gleichgültig, wenn nur der Amtsschimmel nicht scheu wird.

Hier tritt man wieder einmal auf einem gemarterten Weib sinnlos mit Nagelschuhen herum, aber jeden Judenschnorrer mit seinem verlausten Anhang bringt man sorgsam unter. Und der Deutsche kann verrecken! Aber auch diese Sünden wider das Blut werden sich noch rächen, wie alle Schuld sich rächt auf Erden!

Besser wird es aber so lange nicht, solange sich die deutschen Volksgenossen nicht wieder furchtlos und treu zusammenfinden, um mit allem Nachdruck von ihrer Regierung zu verlangen, daß sie die Wohnungsämter zum Teufel jagt und mit ihnen das Judenpack. Wir erinnern an die 9 Forderungen, die von uns aufgestellt worden sind am 9. Februar 1921.

Dem Elend der Bevölkerung gegenüber ist die Leistung der Wohnungsämter einfach eine bodenlose Schmach!

•

Jüdische Provokationen

Au weh' g'sagt und wai geschrien

H. E. Zur „Versöhnung der Konfessionen", lies: als Versuch, den Antisemitismus als religionsfeindliches Moment darzustellen, gab in der Gesellschaft „Gnosis" der hiesige Oberrabbi, Dr. Baerwald, eine Dosis der Güte und des sittlichen Wertes der mosaiischen Religion zum besten. Oder vielmehr, er tat so, als ob er wollte, denn durchs geschicktes Einfließenlassen zahlreicher Provokationen brachte man es fertig, daß der Vortrag gestört wurde und der „vergewaltigte" Rabbi mit der (Schein-)Dornenkrone des „Märtyrers" zum improvisierten Tempel hinausflog. Am nächsten Tag Draht- und Eigenbericht in der ganzen deutschen Juden- und Kapitalistenpresse: Pogrom in München, Schuld ist der Kahr samt Pöhner, Kulturschande für ganz Europa und dergleichen mehr. Riesiges Entsetzen überall, am meisten bei den „Toagantisemiten" deren wir ja heute eine ganze Menge haben. Der Zweck aber war erreicht.

Sterben in Wien tagtäglich tausend Arier, schießt man in Bozen in friedliche Umzüge Deutscher, dann kümmert das unsere Presse und sogenannten Abgeordneten eppes an Dreck. Provoziert aber irgendein Jidd' eine Prügelei, dann kommt sogleich in der Quatschbude an der Prannerstraße ä Interpellation. Wahrscheinlich muß Kahr eine Wallfahrt nach Jerusalem und dreimaligen Bauchrutsch vor der Stelle machen, wo auch der dort regierende Oberjud, trotz seiner Auserwähltheit, täglich mindestens einmal hinzugehen genötigt ist.

Ganz besondere Empörung herrscht, daß die „Pöhnergarde" erst kam, als der „Rummel" beendigt war. Und diese Empörung teilen wir. Wir fordern, daß die blaue Polizei des Herrn Pöhner, die doch offensichtlich zahlenmäßig zu schwach ist, um, wie in der „Schwabingerbrauerei", alle eventl. Provokationen und Prügeleien, sowie Handgranatenwürfe zu verhüten, endlich einmal auf den Stand gehoben wird, daß deutsche Volksgenossen ein- für allemal vor derlei Provokationen gesichert bleiben, insbesondere aber so verstärkt wird, daß die Zahl der nächtlichen Patrouillen so vermehrt werden kann, daß den hebräischen Schmierfinken, die sich eine andere Provokation seit Tagen erlauben, ebenfalls das Handwerk gelegt werden kann.

In einer der Nächte der letzten Woche nämlich, wo infolge der Witterung der Mond nicht, wie's im Liede heißt, freundlich lachen konnte, wurden an den hiesigen Synagogen, sowie an einigen großen jüdischen Warenhäusern Hakenkreuze angebracht. (Wahrscheinlich um zu sagen, daß das, was da drinnen geschieht, gar nicht so jüdisch ist, wie's nach außen hin scheint.) Während die Presse, die ganz genau wußte, daß dieser schamlose Mißbrauch des Hakenkreuzes nicht von Antisemiten getrieben werden konnte, den Fall anfangs natürlich totschwieg, erlaubten sich einzelne Blätter bei der Berichterstattung über die Baerwaldprovokation doch, diese Handlung ebenfalls als „antisemitische Roheit" hinzustellen.

Daß übrigens Baerwald und Genossen es wirklich darauf abgesehen hatten zu provozieren, erhellt ja schon daraus, daß sie, obwohl sie schon einmal eine Treppe hinunterdirigiert wurden, neuerdings einen Saal nahmen, wo sie genau wußten, daß sie im Falle eines Hinauswurfes wieder eine Treppe hinunterfliegen werden, womit wir natürlich nicht den Rat geben wollen, die Versuche, hier Talmudvorlesungen zu halten, nur zur ebenen Erde zu machen.

Im übrigen: Was ihr glaubt, ist einerlei,
In der Rasse liegt die Schweinerei.

Aus der Bewegung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

München. Am Freitag, den 6. Mai, findet im Hofbräuhaus eine große öffentliche Versammlung statt. Redner: A. Hitler. Pflicht eines jeden Parteigenossen ist es, die wöchentlichen öffentlichen Versammlungen zu besuchen.

Rosenheim. Am Donnerstag, den 5. Mai, konzertiert im „Verlohnersaal" nachmittags und abends der Kärtner Männergesangverein Salzburg. Die über 50 Mann starke Sängergruppe ist die beste des Landes Salzburg. Ein großer Teil der Mitglieder sind auch Parteigenossen. Wir bitten unsere Parteigenossen, die Veranstaltung zu empfehlen und sich beim Abendkonzert recht zahlreich einzufinden.

Hakenkreuzler in Ulm

überschreibt die in Ulm erscheinende sozialdemokratische „Donau-Wacht" ihren „Bericht" über die erste nationalsozialistische Werbeversammlung am Dienstag, den 26. April, die laut diesem Blatt „eine volle Saalbauversammlung war". „Großer Tamtam kündigte diese Spezies der unter der Arbeiterflagge segelnden Deutschvölkischen an", schreibt diese Donautante weiter und schmälert damit ihr eigenes Verdienst an dem guten Besuch unserer Veranstaltung; denn das Tags zuvor in den Betrieben und kurz vor der Versammlung auf den Straßen verteilte, mit „Druckerei und Verlag Donau-Wacht, G. m. b. H., Ulm, gezeichnete Flugblatt: „Achtung, Arbeiter!", in dem die D. A. P. als eine echt bayrisch-reaktionäre Gründung und als im Solde der Deutschnationalen stehend bezeichnet wird, hat manchen Unentschlossenen dazu bestimmt, in die Versammlung, die er nur „vielleicht" besuchen wollte, endgültig zu gehen. Der im Schlußsatz dieser Flugzettel leise gegebene Wink „An den Arbeitern ist es, diesen gefährlichen Feinden die richtige Antwort (lies Sprengung!) zu erteilen", war allerdings umsonst. 2½ Stunden lauschten die Ulmer Arbeiter den Ausführungen des Pg. Esser-München, der, nachdem er zuerst den Händler, Kapitalismushampelmann, und sogenannten Außenminister Simons samt seiner neuesten „Leistung" entsprechend gewürdigt, in warmen Worten für den Anschluß Tirols und der übrigen gefährdeten und losgetrennten Gebiete eingetreten, das ausgegebene Flugblatt entsprechend zerpflückt, über den nationalen Sozialismus — Deutschlands Zukunft sprach. Der allgemein gespendete stürmische Beifall der ganzen Versammlung zeigte, daß auch der selbständig denkende Arbeiter in unserer Ansicht über den Weg zur Kapitalsbekämpfung keine Gefahr für sich sieht und sehen kann.

Der sich anschließend an das Referat zum Worte meldende internationale „Genosse" Ruggaber ließ es sich nun manchen Schweißtropfen und eingebildeten Geistesblitz kosten, um das ihm für diesen Abend übertragene Amt eines guten Hirten auch ordentlich zu versehen. Daß es gelungen ist, mit den alten Sprüchen von der internationalen Solidarität, mit den uns nicht im Geringsten berührenden Angriffen und stellenweise von unserem Referenten selbst angeführten Vorwürfe gegen die Deutschnationalen, mit dem fast einstündigen Wiederkauen des heute jeden Vernünftigen auf Grund des eigentümlichen Geschmackes und einer zweijährigen Kostprobe anekelnden Weltverbrüderungsphrasengerichtes und schließlich mit den absichtlich entfesselten Radau den Eindruck des Referats zu verwischen, glaubt dieser „Wächter der Republik", wie er sich stolz nannte, in Wirklichkeit Nachtwächter, selber nicht. Die schamlosen persönlichen Anrempelungen aber, und Verdächtigungen, die sich dieser Herr, der schon so spricht, daß er Abgeordnete sein könnte, erlaubte, wird er da erhärten dürfen, wo man weder mit „aalglatten Redewendungen, noch mit unendlich langen sogenannten Diskussionsreden, am allerwenigsten mit dem Besetzen der Rednerbühne die Wahrheit unterdrücken kann; denn wir haben es endlich satt, uns, die wir nicht wissen, wie wir uns durchfretten sollen, von Leuten, die nicht den Eindruck eines Ausgebeuteten machen, andauernd als bezahlte Agenten oder als Gekaufte hinstellen zu lassen. Vielleicht weisen wir dann dem „famosen" Genossen nach, wer die 500 Karten, die in den Betrieben verteilt wurden, und die paar tausend Flugzettel bezahlt hat. Und es wird sich dann ja zeigen, auf wem in den Augen der nachdenkenden Arbeiterschaft mehr „Hohn und Feuer" gegossen wird, auf den mit „Schönheit" und „Würde" umherschmeißenden guten Hirten oder auf uns. — Wer sich aber in Ulm und Umgebung für unsere Bewegung, nach Ruggaber-Bebel „Sozialismus der dummen Kerle" interessiert, der wende sich an unseren Schriftführer, Pg. A. Straub, Ulm, Schillerstraße 4/5. Anmeldungen und Anfragen sind an ihn zu richten, Propagandamaterial entweder von unserer Geschäftsstelle München, oder bei ihm zu beziehen. H. E.

Stuttgart. Die hiesige Ortsgruppe hielt am Mittwoch, den 27. April im „Friedrichsbau" eine gutbesuchte Werbeversammlung ab, in der Pg. Ulshöfer über das nationalsozialistische Programm sprach. Redner hob hervor, daß die Bewegung es heute allerdings nicht verantworten könne, dem schaffenden Volk zu sagen: „Nehmt alle unser Programm an, dann geht's euch besser", da unserm Volk ja das Selbstbestimmungsrecht über sich selbst, und damit die Möglichkeit einer Wirtschaftsänderung eben nicht besitzt. Infolgedessen wollen wir zunächst die nationale Energie sammeln, die uns die Achtung der Welt nicht nur, sondern auch die Freiheit nach Außen bringt, die selbstverständliche Voraussetzung für die Freiheit im Innern. In der Wechselrede nahm auch Pg. Schriftleiter Esser-München das Wort, um sich hauptsächlich über die neuen deutschen Vorschläge des, wie der englische Außenminister sagte, „geistlos dreinschauenden" H. Simons, sowie über die Tiroler Abstimmung und die Notwendigkeit des baldigen Anschlusses Deutschösterreichs zu verbreiten.

Kolbermoor. Am vergangenen Samstag hielt unsere Partei eine infolge vieler anderer Veranstaltungen etwas schlechter als sonst besuchte Versammlung ab, in der Pg. Esser über: Stinnes und Rathenau sprach. Unsere Kolbermoorer Mitglieder erinnern wir daran, daß es Pflicht jedes Mitgliedes ist, wenn irgend möglich zu den Veranstaltungen der Partei zu erscheinen.

•

Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund

Kreis Oberfranken. Am Sonntag, den 24. April, fand in Bayreuth, „Hotel Post", eine Kreistagung der Ortsgruppen im Deutschvölk. Schutz- und Trutzbund, Landesverband Bayern, Kreis Oberfranken, statt. Auf der Tagesordnung standen Organisationsfragen. Der Begrüßung schloß der Gauleiter, Herr Architekt Mesch, Regensburg, einen Bericht über gegnerische und eigene Organisation an. Der Jude hat für seine verbrecherischen Absichten viele geheime und offene Verbände geschaffen oder bestehende dienstbar gemacht. Er kann wirksam nur wiederum durch Organisation aller völkischen Kräfte bekämpft werden. In diesem Sinne wurde die Tagesordnung erledigt. Der Wahl des Kreisleiters für Oberfranken folgte eine Aussprache der zahlreich erschienenen Ortsgruppenvertreter mit dem Ergebnis, daß zwischen Führern und Mitgliedern der deutschvölkischen Bewegung Vertrauen besteht und bestehen muß, daß der unbeugsame Wille aller Deutschvölkischen zu der Macht werden wird, die den volksvergiftenden, volkszerstörenden Einfluß des Judentums vernichtet. An Einigkeit und Willen zur Tat soll es dem neugegründeten Nazionalverband Bayern nicht fehlen.

Münchner Nachrichten

Hoftheater

Die „daitsche" Anhängerschaft Bruno Walters (Schlesinger!) versuchte kürzlich, ihrem aus Spanien zurückgekehrten Dirigenten Ovationen zu bereiten, stieß aber auf erheblichen Widerspruch. Laute und deutliche Protestrufe erschollen dutzendfach beim Erscheinen Walters und machten dem jüdischen Tamtam ein schmähliches Ende. L. S.

Dolle-Dank

Die Anzeichen mehren sich, daß die Schänder deutscher Ehre und Sitte und Verfälscher unseres Christentums unsere Vorkämpfer für völkische Hochziele jetzt mit allen Mitteln zur Strecke bringen wollen. Denkt an Ruge, Rohm, Roth und März. Nun soll auch einer unserer Besten aus dem werktätigen Volke daran glauben. Der Streiter zur Erreichung eines deutschen Sozialismus, Arbeiter und Siedler Heinrich Dolle in Kleinenberg, Kreis Büren in Westfalen, wird seit Jahren von Juden und Judengleichen verfolgt und gehetzt. Jetzt endlich haben sie ihn auf Grund des jüdisch-römischen Rechts wegen seiner Vorträge in Scherfede-Warburg verurteilen lassen, dieweilen er in Mitteldeutschland um die Seele der deutschen arbeitenden Volksgenossen rang. Er ist arm an irdischen Gütern, mußte er doch sein letztes Schaf verkaufen, um aus Wittukindsland nach Weimar zum Deutschen Tage reisen zu können. Nun sollen er und seine zahlreichen Kinder gehetzt und zerrieben werden, damit er nicht mehr für uns kämpfen kann. Wer ihm helfen will, die Absichten seiner geldkräftigen jüdischen Gegner zunichte zu machen, damit er die hohen Prozeßkosten und Strafe von über tausend Papiermark bezahlen kann, fordere von ihm die von ihm verfaßte Druckschrift über seine Judenprozesse und sende ein seinen Kräften bemessenes Scherflein mit. — Auch das von seiner Tochter geleitete „Deutschschriftenhaus" in Kleinenberg besorgt jedes völkische Buch. — Die Leitung des „V. B." ist bereit, Spenden für den „Dolle-Dank" anzunehmen und an ihn weiterzuleiten. Bestätigung erfolgt an dieser Stelle. — Auf, helft, so gut und soviel ihr könnt!

— r. —

•

Zur Tarifbewegung für die kaufmännischen Angestellten der Münchner Schuhfabriken berichtet uns der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände (Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband, Verband der weiblichen Handels- und Büreauangestellten):

„Seit mehreren Monaten bemühen sich die Angestelltengewerkschaften, die Arbeits- und Gehaltsverhältnisse der Angestellten der Münchner Schuhfabriken durch einen kollektiven Arbeitsvertrag (Tarifvertrag) zu regeln. Diese Bemühungen scheiterten stets an dem Unverstand der Arbeitgebergruppe, die bis heute noch nicht den Ruf der Zeit begriffen hat und für die der Artikel 165 der Reichsverfassung nur totes Wort bedeutet. Die Organisationen waren, nachdem die Arbeitgeberseite unter Führung ihres Syndikus, des Rechtsanwaltes Dr. Wassermann, keine Möglichkeit zur Verhandlung bot, gezwungen, die Vermittlung des Schlichtungsausschusses München-Stadt anzugehen. Nach mehrmaligen vergeblichen Sitzungen, hervorgerufen einerseits durch die scheinbare Sabotage der amtlichen Schlichtungsinstanz von seiten der Arbeitgeberorganisationen, andererseits durch die uns unverständliche Nachsicht des Schlichtungsausschusses, kam endlich am 2. März 1921 ein Schiedsspruch zustande, der Gehaltssätze festlegt, für männliche Angestellte, beginnend mit dem 4. Berufsjahr mit 450 M., endigend im 12. Berufsjahr mit 1000 Mk.; für weibliche Angestellte im 4. Berufsjahr beginnend mit 430 M. und endigend im 12. Berufsjahr mit 800 M. Dieser Schiedsspruch

Wochenschau

In Berlin, London und Paris wird weiter mit Milliarden jongliert.

Die Tiroler haben gezeigt, nach welcher Melodie am besten auf die Entente gepfiffen wird.

Fünfundzwanzig Jahre sind verflossen seit dem Ausbruch der Kinoseuche in München. Als Hauptverbreiter des Kinobazillus hat sich ein orientalischer Bazillenträger herausgestellt.

Seit dem 1. Mai geben die bairischen Kühe mehr Milch.

Der Bierpreis und der Milchpreis halten treu zusammen. Keiner läßt den andern allein in die Höhe klettern.

Die Münchener Maifeier fand im Zoologischen Garten statt.

Die Antisemiten sind nicht reaktionär. Sie sind im Gegenteil für den „Fort"schritt der Juden. Fritz de Crignis